

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Böser,
verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat,
geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrter Vertreter von den BNN,

die Kennzahlen des Haushalts (HH) 2026 sind sowohl im Mitteilungsblatt auf Papier als auch elektronisch auf der Homepage für jeden sichtbar und nachzulesen. Werfen wir einen kurzen Blick auf einige aus unserer Sicht wichtige Haushaltsaspekte:

1. Haushaltsrückblick 2020 bis 2025

In den Jahren 2020 bis 2024 waren die Ergebnisse besser als in den Planansätzen vorgesehen. Dabei kamen wir jeweils auf einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt, einschließlich zu erbringender Abschreibungen.

Dieser Trend setzte sich in 2025 nicht fort. Zwar gibt es im Vergleich zum Plansatz eine deutliche „Verbesserung“ im Ergebnishaushalt, der bei einem geplanten Defizit von ca. – 3,5 Mio. € „lediglich“ mit ca. – 1,8 Mio. € abschließt. Die Abschreibungen von ca. 1,6 Mio. € konnten nicht mehr abgedeckt werden.

2. Haushalt 2026 im Überblick

Die Aufwendungen belaufen auf ca. 28,6 Mio. € und sind im Vergleich zu 2025 um 1,6 Mio. € gestiegen. Einen großen Anteil haben „Transferleistungen“ (11,9 Mio. €), die von kommunaler Seite nicht gesteuert werden können. Hierzu zählen die Kreisumlage (4,8 Mio. €) und allgemeine Umlagen von ca. 3,3 Mio. € sowie Zuweisungen an andere Organisationen (ca. 2,3 Mio. €).

Die Personalkosten steigen auf 7,7 Mio. € (+300.000 €). Die Sach- und Dienstleistungen belaufen sich auf 5,6 Mio. € und beinhalten u.a. den Unterhalt von Grundstücken, baulichen Anlagen und unbeweglichem Vermögen, Mieten, Pachten sowie Energie- und andere Versorgungskosten. Die weiteren Aufwendungen betreffen u.a. Abschreibungen (ca. 1,6 Mio. €) sowie sonstige ordentliche Aufwendungen (1,8 Mio. €) u.a. für Abwasser, ÖPNV, EDV, Bürobedarf und Sachverständigenkosten.

Den Aufwendungen stehen Erträge von rund 24 Mio. € gegenüber. Der aktuelle HH-Entwurf kommt daher im Ergebnis-HH auf ein Defizit von ca. 4,4 Mio. €.

Dieses Defizit wird – wie in den HH-Jahren 2020 bis 2025 auch – in dieser Größenordnung vermutlich nicht eintreten. Ursächlich hierfür sind nicht genau fixierbare Kosten in den Bereichen Personal (da nicht alle Stellen besetzt sind) sowie Gewerbesteuer (konjunkturabhängig) und beim (Nicht-) Vollzug von geplanten Maßnahmen. Allerdings ist davon auszugehen, dass es wie 2025 ein deutliches Defizit geben wird.

3. Mittelfristige Finanzplanung, Liquidität, Investitionen, Kredite

Die liquiden Mittel stehen bei ca. 9,7 Mio. Hierbei ist eine Kreditaufnahme von 3,58 Mio. € in diesem Jahr bereits berücksichtigt! Sie werden sich auf ca. 6,5 Mio. zum HH-Jahr 2027 verringern, u.a. um die Defizite der Vorjahre zu decken.

In der mittelfristigen Finanzplanung sind im Allgemeinen Kostensteigerungen von 3 % - 5 % vorgesehen. Die Kreisumlage wird mit 33 % in den Jahren 2026 (4,8 Mio. €) bis 2029 (5 Mio. €) angesetzt. Sie belastet die kommenden Haushalte erheblich.

Umfangreiche Investitionskosten kommen auf uns zu für

- Ausbaumaßnahmen in der Schule – 1,9 Mio. € von 2025 bis 2027
- die Straßensanierung – 2,5 Mio. € in 2027 und 2028
- das Sanierungsgebiet Schwanenstraße – ca. 4 Mio. € von 2026 bis 2029

Allein für 2026 sind Investitionen in Höhe von ca. 4 Mio. € eingeplant.

Kredite in Höhe von

- 3,5 Mio. € für 2026
- 4,5 Mio. € für 2027
- 3,7 Mio. € für 2028
- 2,2 Mio. € für 2029

sind in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen.

Selbst bei Inanspruchnahme der Kredite sind unsere liquiden Mittel von rund 9,7 Mio. € nach den aktuellen Planungen ab 2029 verbraucht. Spätestens jetzt muss jeder den dringenden Handlungsbedarf erkennen!

Unsere Schwerpunktthemen:

„Aus“ für die Geothermie in Forst – 39.000 € – leider eine Fehlinvestition

Der Gemeinderat hat beschlossen, aus der Projektentwicklungsgesellschaft (PEG) Regionaler Wärmeverbund auszusteigen, nach dem Motto: „Besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende“. Ziel dieser Gesellschaft war, die Nutzungsmöglichkeit einer regionalen Tiefen-Geothermie zu analysieren und zu bewerten. Hierfür hatte die PEG rund 577.000 € investiert. Nach dem nun vorgelegten Bericht müssen wir uns von der Realisierung einer regionalen Wärmeversorgung, die machbar und wirtschaftlich tragfähig sein sollte, verabschieden. Die ursprünglich von der Deutschen Erdwärme zugesagte Wärmeleistung aus der Anlage in Graben-Neudorf konnte nicht mehr verbindlich zugesagt werden. Außerdem können die zugesagten Preise nicht eingehalten werden. Die Nutzung der geplanten Tiefen-Geothermie zum Aufbau eines regionalen Heimnetzes ist aus diesen Gründen derzeit und wohl auch bis auf weiteres nicht umsetzbar.

Daher haben sich alle beteiligten Gemeinden (Forst und weitere acht Kommunen, darunter Bruchsal und Bretten) entschieden, aus dem Projekt auszusteigen. Forst war mit einer Kapitaleinlage von 47.000 € beteiligt und erhält ca. 8.000 € zurück. Damit steht bis auf weiteres die Wärme aus der Tiefe als umweltfreundliche und nachhaltige Energiequelle für unsere Region nicht zur Verfügung. Der „schlafende Riese“ wie die Geothermie wegen ihres gewaltigen Potenzials auch genannt wurde – wacht nicht auf. Umso mehr fokussiert sich unser Blick auf unsere eigene Wärmeplanung.

Kommunales Nahwärmenetz lässt hoffen

Der Gemeinderat hat den Ausbau eines innerörtlichen Nahwärmenetzes beschlossen. Dadurch wird – allgemein gesprochen – eine zentral vor Ort stattfindende Wärmeproduktion direkt mit den angeschlossenen Verbrauchern verbunden. Die europaweite Ausschreibung ist erfolgt. Das Netz soll durch Fremdvergabe errichtet und betrieben werden. Neben gemeindeeigenen Großabnehmern mit einem hohen

Wärmebedarf wie z.B. Lußhardtschule, Rathaus, Bücherei, Kindergarten Ulrika können auch die Jahnhalle, das Seniorenheim, die Astrid-Lindgren-Schule und das Gelände nördlich der Filiale der Volksbank Kraichgau eG versorgt werden. Der Anschluss von privaten Gebäuden, die entlang der Netzstrecke vom Rathaus bis zum Seniorenheim liegen, ist ausdrücklich möglich und erwünscht – auch um die Wirtschaftlichkeit positiv zu beeinflussen. Mit diesem Projekt betritt unsere Gemeinde Neuland. Hierfür sind im aktuellen Haushalt 100.000 € eingestellt. Ziele sind eine Technologie mit effizienten erneuerbaren Energiequellen und eine möglichst geringe Abhängigkeit von internationalen Märkten. Läuft dieses Projekt erfolgreich, könnten weitere Nahwärmenetze folgen, aber das wird einige Jahre dauern. Bis dahin ist also keine Anschlussmöglichkeit an ein weiteres Wärmenetz möglich, so dass die Hauseigentümer sich so lange selbst um eigene dezentrale Lösungen kümmern müssen.

Positive Entscheidung für die Ganztagsgrundschule (GT-GS)

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 8.12.2025 einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der GT-GS vollzogen. Damit wird der Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung und Förderung für jedes Kind von der ersten bis zur vierten Klasse stufenweise ab 2027/2028 umgesetzt. Im Schuljahr 2026/2027 wird der Rechtsanspruch durch eine ausschließlich kommunale Betreuung gewährleistet. Der Gemeinderat hatte sich bereits ein Jahr zuvor – am 4. November 2024 – für das Modell mit einem Ganztagsunterricht an drei Tagen entschieden. Viele weitere Details waren jedoch noch offen und konnten während der Sitzung teilweise, aber nicht vollumfänglich geklärt werden. So liegt beispielsweise noch kein pädagogisches Konzept für eine Ganztagsbetreuung vor. Auch bei den Kosten sind noch viele Fragen offen. Entschieden wurde, dass die Schule einen Anbau mit drei Räumen à 80 qm mit einem kalkulierten Kostenaufwand von ca. 1,2 Mio. € bekommen soll.

Das Gremium stand unter großem Entscheidungsdruck, was erklärt, dass schlussendlich die Vorlage der Verwaltung mehrheitlich beschlossen wurde. Dennoch muss auch ein kritischer Blick auf die Größenordnung von insgesamt 240 qm erlaubt sein, ohne dass dies durch ein Nutzungskonzept bislang hinterlegt ist.

Mit einer Förderung der Baukosten ist nur in geringem Umfang zu rechnen. Auch wie sich die Betreuungskosten generell für die Gemeinde darstellen, ist noch nicht transparent. Die Teilnahme an der GT-GS ist keine Pflicht. Eltern können ihre Kinder auch wie bisher die Halbtagsgrundschule besuchen lassen. Die Spielkiste steht hierbei nach wie vor als ergänzende und bedarfsorientierte kommunale Betreuung – allerdings nicht kostenlos – zur Verfügung. Zu welchen Entgelten diese Variante angesichts einer vorhandenen Ganztagsschule auf Dauer führt, ist ein weiteres Detail, mit dem sich der Gemeinderat in der Zukunft befassen muss.

Heideseesaison 2025: unnötig – ärgerlich – zum Nachteil der Gemeinde,

so kann man die Misere mit dem digitalen Parksystem zur Erhebung von Parkgebühren mittels Kennzeichenerfassung beschreiben. Mehrere zehntausend Euro konnten nicht eingenommen werden, weil das von langer Hand vorbereitete Parksystem nicht in die Gänge kam. Am Ende klemmte es bei der Abwicklung des Zahlungsverkehrs, für die ein Kooperationspartner der beauftragten Firma die Verantwortung trägt. Dass die Verantwortlichen im Rathaus einige schlaflose Nächte überstehen mussten, liegt auf der

Hand, obwohl dieser Mangel nicht auf ihre Kappe geht. Was man der Verwaltungsspitze allerdings vorhalten muss, ist die Untätigkeit angesichts der eingetretenen Panne. Bereits ein Jahr zuvor hatte unsere CDU-Fraktion gefordert, bei fehlender Technik zumindest über die Sommerferien die Parkgebühren manuell zu erheben. Noch dringender und eigentlich selbstverständlich hätte das auf jeden Fall in der Saison 2025 passieren müssen, um den Einnahmeverlust im akzeptablen Rahmen zu halten. Unsere Forderung verhallte. Das System hätte sogar kurz nach Beginn der Sommerferien – allerdings mit eingeschränkter Zahlungsfunktion – eingesetzt werden können. Doch auch hierzu konnte man sich seitens der Verwaltungsführung nicht durchringen. Für die kommende Saison sind im Haushalt 90.000 € Einnahmen veranschlagt. Ein optimistischer Ansatz – gut, wenn er eintritt.

Gemeindeeigene Immobilien sinnvoll bewirtschaften

Durch die Veräußerung älterer Immobilien können auf Dauer Unterhaltungskosten und hohe Sanierungskosten vermieden werden. Uns geht es darum, die gemeindeeigenen Immobilien im Grundsatz und im vernünftigen Maß zu erhalten. Hier stehen jedoch umfangreiche, zum Teil auch energetische Maßnahmen an, die mit hohen Kosten verbunden sind. Um diese zumindest in Teilen finanzieren zu können, brauchen wir die Erlöse aus den Immobilien, die nicht mehr bewohnbar oder hoch sanierungsbedürftig sind.

Generell muss die Schlagzahl beim Vollzug unserer gemeindlichen Vorhaben erhöht werden. Die Realisierung des Projekts in der Nagoldstraße liegt seit Jahren auf Eis. Auch die privatwirtschaftliche Entwicklung des Volksbankareals sowie der Neubau beim Seniorenheim ziehen sich. Wir erwarten seitens der Bauverwaltung einen Maßnahmenplan für die kommenden Jahre bezüglich Priorisierung und Umfang anstehender Sanierungen bei gemeindeeigenen Gebäuden. Gleichzeitig ist das Sanierungsgebiet Schwanenstraße fortzuentwickeln. Es sind sinnvolle kommunale Investitionen zur Attraktivitätssteigerung und Rahmenbedingungen für eine maßvolle Innenentwicklung zu schaffen. Hierfür stehen dieses Jahr 1,9 Mio. € zur Verfügung. Bereits beim Haushalt 2022 haben wir darauf hingewiesen, die Innenentwicklung bzw. Innenverdichtung (Hinterhausbebauung, Gebäudeverdichtung) im Rahmen der Dorfentwicklung mit Blick auf den Klimawandel zu überdenken, weil sie am Ende zur Innenversiegelung der Dorffläche führt. Die Sommer werden heißer und trockener. Die Verdichtung verursacht ein weiteres Ansteigen der Temperaturen. Auch innerhalb unserer Gemeinde brauchen wir freie Flächen, die nicht bebaut, sondern begrünt sind und die als kleine „Frischzellen“ in der Lage sind, hohe Temperaturen abzufangen. Der Begriff „doppelte Innenentwicklung“ formuliert das Ziel, Flächenreserven nutzen (Nachverdichtung), ohne Lebensqualität durch Versiegelung zu verlieren. Das klingt wie die „Quadratur des Kreises“. Für Forst kann das nur bedeuten, Bestandsgebäude – und dazu zählen auch Scheunen – für Wohnraum um- und auszubauen bzw. auch in die Höhe zu entwickeln. Die Reform der Landesbauordnung Baden-Württemberg und der bundesweite „Bauturbo“ haben hierfür die Rahmenbedingungen geschaffen.

Straßen und Gehwege im Blick behalten

Die im Straßenzustandsbericht vorgesehenen Maßnahmen zur Sanierung unserer Gemeindestraßen müssen wieder aufgenommen werden. Das betrifft in erster Linie

unsere Durchgangsstraßen wie Hambrücker-, Wiesen-, Bruchsaler Straße und den Burgweg, die sich in einem schlechten Zustand befinden. Das immer wieder vorgebrachte Argument, Tiefbauarbeiten abzuwarten, um die Straßen nicht wieder aufzureißen und flicken zu müssen, gilt nach Abschluss des Glasfaserausbaus nicht mehr flächendeckend. Zu beachten ist noch die Verlegung von Nahwärmeleitungen für das Nahwärmenetz. In den Jahren 2027 und 2028 sind im Haushalt insgesamt 2,5 Mio € für die Sanierung von Burgweg und Wiesenstraße vorgesehen.

Die Fülle der anstehenden Aufgaben legen eine personelle Stärkung nahe. Angesichts der fortlaufenden Personalkosten und im Kontext zur Novellierung der Landesbauordnung, die ausdrücklich auf eine personelle Aufstockung verzichtet, braucht es andere Lösungen. Zum einen sollten Digitalisierung und die gesetzlichen Änderungen Entlastungen bringen. Zum anderen sollte man Überlegungen ins Auge fassen, mit anderen Bauämtern mit mehr Personalkapazität (z.B. Stadt Bruchsal) in Kooperation zu treten.

KiTa – Beiträge stabilisieren

Die Vertreter des Städtetags, Gemeindetages und der Kirchenleitungen sowie der kirchlichen Fachverbände in Baden-Württemberg hatten für 2024/2025 eine Anpassung der Kita-Beiträge von 7,5 % und für 2025/2026 von 7,3 % vorgeschlagen. Diese Berechnungen beruhen auf den erfolgten Tarifierhöhungen – nicht zuletzt durch die Aufwertung der pädagogischen Fachkräfte im Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst – und unter Berücksichtigung der allgemeinen Kostensteigerungen. Hierbei wird das Ziel verfolgt, dass die Elternbeiträge 20 % der Kosten abdecken. Wir sind den Vorschlägen – teilweise zu Recht – nicht gefolgt. Hintergrund waren u.a. personelle Engpässe im Buntstift, die dankenswerterweise durch eine über mehrere Monate andauernde Elternbetreuungsinitiative abgefangen werden konnten.

Im Zusammenhang mit Corona von Januar bis Mai 2021 wurden keine Beiträge erhoben. Im September 2021 wurde die Erhöhung auf Januar 2022 verschoben und um die Hälfte gekürzt. Im September 2022 gab es eine Erhöhung um 2 % anstatt 3,9 %. Ebenso wurde der Kostenzuschlag bei den unter 3-Jährigen von 100 % auf 50 % gekürzt. Für 2023 wurden wiederum zeitverzögert am 1. Januar 2024 die Gebühren um 5 % anstatt um 8,5 % erhöht.

Nach den schwierigen Phasen sind wir nun wieder in einem geregelten Betrieb. Im Haushaltsplan 2026 ist für die beiden kommunalen Einrichtungen ein Mittelbedarf von ca. 3,3 Mio. € ausgewiesen. Die Personalaufwendungen belaufen sich auf ca. 2,1 Mio. €. So erfreulich nicht vollzogene Anpassungen für die Eltern waren – auf lange Sicht betrachtet ist es nichts anderes als eine zeitliche Verschiebung der Kostenproblematik zum Nachteil der folgenden Elterngenerationen. Der Gemeinderat hat sich in der Sitzung am 8.12.2025 für eine Erhöhung um 7 % für die letzten sechs Monate der Kindergartenjahres 2025/2026 ab dem 1.3.2026 entschieden. Angesichts der zu erwartenden Haushaltsentwicklung zeichnet es sich ab, dass wir uns wieder an den Vorschlägen des Städtetags werden orientieren müssen.

Personalkosten stoppen

Die Personalkosten steigen weiter und sind mit 7.725.400 € veranschlagt. Erneut ist es nicht gelungen, den permanenten Anstieg der Personalkosten, verursacht durch Stellenmehrungen zu unterbinden. Das kann nicht verwundern: es wurden auch keine

ernsthaften Bemühungen unternommen, dem entgegenzutreten. Es fehlt nach wie vor an einer strukturierten Stellenplanung. Der Gemeinderat entscheidet nach Bedarf und die über lange Jahre geübte „Salamimethode“. Immer dann, wenn es zu Schwierigkeiten kommt, gibt es seitens der Verwaltung Vorschläge für die Schaffung von Neustellen, denen das Entscheidungsgremium in aller Regel zustimmt. Die vorgebrachten Argumente für die Stellenmehrung sind meistens nachvollziehbar und das Anliegen ernsthaft. So wurden laut Stellenplan in den letzten beiden Jahren 14 Neustellen geschaffen. Doch so können wir nicht weitermachen. Das Personalthema muss eines der ersten sein, wenn die Haushaltsstrukturkommission „reanimiert“ wird. Die Aufgabenstellung lautet: Personal-Übersoll abbauen, mittel- und langfristige Stellenplanentwicklung unter Beachtung der demografischen Entwicklung (bis 2035 gehen 30 bis 40 % der Landesverwaltung in den Ruhestand, Nachwuchs kommt wenig nach) und Optimierung von Arbeits- und Ablaufprozessen.

Fazit:

Was können wir tun?

Ein unumgänglicher Schritt ist ein Umbau der Verwaltung durch Förderung der digitalen Leistungsfähigkeit und durch Voranbringen des digitalen Wandels. D.h. Automatisierung von Arbeitsprozessen, Einsatz von KI, Herstellen digitaler Servicefähigkeit und Bereitstellen digitaler Verwaltungsleistungen. Es gibt bereits vielfältige und erfolgsversprechende Projekte, Ansätze und Regelungen. Durch die Reform der Landesbauordnung in Baden-Württemberg und den bundesweiten „Bau-Turbo“ zum Beispiel, können Bauanträge künftig schneller und einfacher bearbeitet werden, etwa durch den digitalen Bauantrag, durch die Einführung der „Genehmigungsfiktion“, durch Abbau baulicher Standards bei Bestandsbauten oder durch erlaubtes Abweichen von Bebauungsplänen. KI-gestützte Protokolle entlasten das Personal genauso wie KI-gestützte Haushaltsplanung, die systematisch große Datenmengen auswertet und auch Auffälligkeiten zur Fehlererkennung feststellen kann. Das sind nur einige Beispiele. Die Praxis wird zeigen wie effektiv diese Technologien sind. Und es wird Aufgabe der Verwaltungsführung sein zu erkennen, wo Arbeitsentlastungen eintreten und wie sich diese auf die Personal- und Stellenplanung auswirken. Wir stehen vor einem mehrjährigem Umgestaltungsprozess, bei dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung durch Qualifizierung und Weiterbildung mitgenommen werden und auf den digitalen Wandel vorbereitet werden müssen. Die bisherige Verfahrensweise – neue Aufgabe also mehr Personal – ist nicht mehr finanzierbar.

Im Haushalt geht es darum, zum einen Einnahmen zu sichern bzw. zu stabilisieren. Pannen wie beim Heidesee in der Saison 2025 dürfen sich nicht wiederholen. Die Erhebung einer Vergnügungssteuer ist überfällig und auch Finanzförderungen müssen erkannt und konsequent genutzt werden. Bei den Ausgaben stehen zuerst die freiwilligen Leistungen in den Bereichen Sport und Kultur zur Überprüfung an. Aber auch bei den Pflichtaufgaben wie z.B. bei der Kinderbetreuung geht es darum, die Kosten durch Analysieren und Überprüfen zu kontrollieren.

Es ist unsere ständige Aufgabe die Ausgaben diszipliniert zu steuern und Einnahmen konsequent im Blick zu behalten. Das gelingt nicht immer zufriedenstellend. Das hierfür wichtige Instrument der Haushaltsstrukturkommission wird wieder aktiviert. Hierbei müssen wir gemeinsam bestimmte Themenbereiche genauer unter die Lupe nehmen. Ein

erstes Thema sollten die Personalkosten sein. Die Kommission kann allerdings nur Vorschläge unterbreiten - entscheiden muss der Gemeinderat – wir tragen hier gemeinsam die Verantwortung!

Wir stimmen der Haushaltssatzung 2026 zu. Unsere Zustimmung betrifft auch die Mittelfristige Finanzplanung, sowie die Wirtschaftspläne des Eigenbetriebs Wasserversorgung Forst sowie der Sozialstiftung Forst.

Die CDU-Fraktion bedankt sich beim stellvertretenden Bürgermeister Christian Holzer, bei Hauptamtsleiter Heimo Czink, beim Leiter des Rechnungsamts Michael Veith, bei Bauamtsleiter Frank Dochat sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung für ihre geleistete Arbeit. Vielen Dank für Ihre Geduld und Ihr Verständnis für unsere kritischen Nachfragen aus dem Gemeinderat!

Ebenso bedanke ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen hier aus dem Gremium – trotz punktueller Differenzen – für den überaus konstruktiven und vertrauensvollen Meinungsaustausch zum Wohl unserer Gemeinde.

Manfred Häffner, Fraktionsvorsitzender